

Niederschrift

**über die 6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Personalausschusses am
Donnerstag, 31.01.2013 um 17:00 Uhr, im Rathaus, Raum 105**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann dUH

Ratsmitglieder

Herr Hans-Georg Bader	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Frau Marion Buschmann	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Walter Corbat	BÜRGERAKTION
Herr Hartmut Toska	Grüne
Herr Dr. Heimo Haupt	Freie Liberale

Sachkundige Bürger/innen

Herr Frank Sondermann	SPD
Herr Jörg Probach	BÜRGERAKTION
Frau Dörthe Dylewski	FDP

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt	
Herr Beig. Reinhard Gatzke	
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete	
Frau Dorothee Arnold	
Frau Anke Maurer	
Frau Monika Ortmanns	Gleichstellungsbe-
auftragte	
Frau Claudia Rehad	Personalrat

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen

- 2 Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2012 bis 31.01.2013
WP 09-14 SV 10/064
- 3 BSL-Gutachter-Empfehlung Nr. 35 "Vermessungs- und Geodatenmanagement",
Gemeinsamer Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion im Rat am 21.03.2012
WP 09-14 SV 10/065
- 4 Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen
WP 09-14 SV 10/067
- 5 Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes
WP 09-14 SV 51/218
- 6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Prof. Dr. Bommermann, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausschusses und die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung. Er stellte fest, dass zu der Sitzung rechtzeitig eingeladen war und die Beschlussfähigkeit gegeben sei.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde hatte sich niemand gemeldet.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2	Liste der Wiederbesetzungsprüfungen vom 01.02.2012 bis 31.01.2013	WP 09-14 SV 10/064
---	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Wiederbesetzung freier Stellen für den Zeitraum vom 01.02.2012 bis 31.01.2013 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

3	BSL-Gutachter-Empfehlung Nr. 35 "Vermessungs- und Geodatenmanagement", Gemeinsamer Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion im Rat am 21.03.2012	WP 09-14 SV 10/065
---	--	-----------------------

Die Firma BSL, so Herr 1. Beig. Danscheidt, habe im Rahmen ihrer Untersuchung festgestellt, dass Einsparpotenzial im Bereich Vermessung bestehe. Allerdings stelle sich hier das Problem des zum Teil noch jungen Personals. Eine direkte und kurzfristige Realisierungsmöglichkeit ergebe sich dort nicht. Man habe allerdings über Organisationsänderung und Aufgabenverlagerung letztlich im Amt für Gebäudewirtschaft eine Einsparung von 1,5 VZK erreichen können. Die Antragsteller erklärten sich damit einverstanden.

Beschlussvorschlag:

Der Personalausschuss nimmt den Sachstandsbericht und die Erläuterungen der Verwaltung zum BSL-Gutachten zur Kenntnis. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 21.03.2012 ist damit erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

4	Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen	WP 09-14 SV 10/067
---	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt auf Vorschlag des Personalausschusses nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss zum Haushaltsplan-Entwurf 2013 folgende Änderungen:

Antrag 003 - Erholungsurlaub

Nach einer Diskussion, ob ein/e Vorsitzende/r auch Stellungnahmen zu eigenen Anträgen abge-

ben dürfe, was seitens der CDU-Fraktion bestritten wurde, ergriff Rm Dr. Haupt für die Gruppe der Antragsteller das Wort. Man sehe grds. Möglichkeiten zu sparen, da nicht ein System (das der Beschäftigten) auf das andere (das der Beamten) übertragen werden müsse.

Herr Klausgrete erläuterte, dass es sich bei den Rückstellungen zum Urlaub letztlich um ein Nullsummenspiel handele, da diese in jedem Jahr neu gebildet und wieder aufgelöst würden, real fließe kein Geld. Herr 1. Beig. Danscheidt ergänzte, dass man sich durch diese Regelung einen großen bürokratischen Aufwand spare und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit zufrieden seien. Auch sei der Bürgermeister hierfür zuständig; ein Rechtsverstoß sei ebenfalls nicht gegeben.

Herr Probach stellte dem entgegen, dass durchaus mehr Kosten entstehen könnten, wenn z.B. Urlaub vor Rentenbeginn aufgespart würde und die Stelle dadurch früher nachbesetzt würde.

Rm Brehmer hingegen befürwortete die Hildener Regelung, da diese sehr flexibel sei und die Gleichbehandlung aller Beschäftigten und Beamten somit ebenso wie beim Leistungsentgelt gewährleistet sei.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt

CDU:	nein
SPD:	nein
FDP:	nein
Bürgeraktion:	ja
Bündnis90/Die Grünen:	nein
dUH:	ja
Freie Liberale:	ja

Antrag 001 - Stellenstreichung

Der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Bommermann gab an, dass der aktuelle Antrag dem damaligen zwar ähnlich sei, dieser aber jetzt wesentlich konkreter sei, da nunmehr die jeweils mit dem/der ältesten Mitarbeiter/in besetzte Stelle ausgemacht werden könnte. Er bat um eine Darstellung der Stellenplansystematik.

Herr 1. Beig. Danscheidt erläuterte, dass der Stellenplan als Anlage zum Haushaltsplan lediglich aus Übersichtstabellen bestehen müsse. Die Verwaltung lege den beratenden Gremien jedoch zur Beratung ein Druckwerk mit allen Veränderungen vor. Hier seien die Stellen – im Gegensatz zum Land – mit bestimmten Aufgaben verbunden und hierdurch die Wertigkeit festgelegt. Die Besetzung der Stellen liege in der Organisationshoheit des Bürgermeisters.

Der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Bommermann verwies auf einen weiteren Punkt des Antrags, die Streichung der genannten Beförderungsstellen. Hierzu erklärte der 1. Beig. Danscheidt, dass die Stellen besetzt seien und sich die Aufgaben verändert hätten, was zu einer höheren Bewertung durch die Bewertungskommission geführt habe.

Rm Brehmer zeigte auf, dass der neuerliche Antrag trotz einer leicht veränderten Begründung qualitativ nicht anders sei. Wenn man sparen wolle, müsse man der Verwaltung konkret vorgeben, welche Aufgabe warum nicht mehr zu erledigen sei. Den vorliegenden Antrag halte er nicht für beschlussfähig, da bei konsequenter Umsetzung betriebsbedingte Kündigungen nicht zu vermeiden seien.

Rm Dr. Haupt wies auf die „kw“-Formulierung im Antrag hin. Im Schulbereich des Landes würden mehr Schüler von immer weniger Lehrern betreut. Das müsse in der Verwaltung auch möglich sein.

Rm Bader erwartete eine Konkretisierung der Angaben. Wenn die Zahl der Beigeordneten-Stellen verringert werden solle, müsse zunächst die Hauptsatzung geändert werden.

Zu bedenken gab Herr Probach, dass die Personalkosten insbesondere im Bildungsbereich gestiegen seien. Im Gegenzug müsse nun über den Verkauf von städt. Gebäuden oder über Steuererhöhungen nachgedacht werden.

Rm Bader erinnerte daran, dass nur mit einer konkreten Benennung des Amtes oder der Aufgabe über Stellenstreichungen entschieden werden könne.

Rm Toska erklärte, dass seiner Meinung nach ein kw-Vermerk bei den betroffenen Mitarbeitern ein negatives Gefühl auslösen könne. Diskutieren könne man über einzelne Aufgaben, genauso müssten die Mitarbeiter aber insbesondere vor psychischen Folgen wie einer Überlastung geschützt werden. Auch Frau Dylewski erinnerte an die Auswirkungen wie z.B. den Fachkräftemangel in der Industrie, die durch sinnlose Kürzungen entstanden seien.

Herr 1. Beig. Danscheidt gab an, dass die Verwaltung bereits regelmäßig untersuche, ob Stellen zwingend wiederzubesetzen seien. Hier würden auch zeitliche Verschiebungen oder Stundenreduzierungen geprüft. Für den Bürger seien jedoch die Reaktionszeit und die Qualität wichtig. Wenn das weiterhin gewährleistet sei oder eine Verschlechterung hingenommen würde, könne auch über eine Stellenkürzung oder -streichung diskutiert werden. Bei vielen gleichartigen Stellen sei dies leichter durchzuführen.

Dies bestätigte Rm Buschmann, erklärte aber darüber hinaus, dass der vorliegende Antrag zeige, dass das Vertrauen der Stadt gegenüber nicht gegeben sei. Sie berichtete, dass andere Städte bereits den umgekehrten Weg gingen und z.B. wieder Juristen einstellen, weil externe Beratung auf Dauer teurer sei.

Der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Bommermann erkundigte sich, ob die Politik bestimmen dürfe, wie viele Stellen in einem bestimmten Bereich vorgehalten werden müssen oder ob dies in der Organisationshoheit des Bürgermeisters liege.

Dies wurde von Herrn 1. Beig. Danscheidt bestätigt. Der bisherige Standard der Verwaltung könne bei Streichung der 43 Stellen nicht gehalten werden. Die Frage des Vorsitzenden, ob die Politik z.B. die Schließung der Orga beschließen könne, verneinte er.

Rm Brehmer wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahren viele Stellen ausschließlich auf Veranlassung der Politik beschlossen wurden. Ergänzend vertrat Rm Bader die Auffassung, dass die Politik damit auch entscheiden müsse, in welchem Bereich eingespart werden solle. Ihre Fraktion werde sich diesem Prozess nicht verschließen. Abschließend plädierte er für die konkrete Vorgabe von Kennzahlen zur besseren Steuerung.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt

CDU:	nein
SPD:	nein
FDP:	nein
Bürgeraktion:	ja
Bündnis90/Die Grünen:	nein
dUH:	ja
Freie Liberale:	ja

Antrag 005 - Beihilfe

Rm Brehmer bat darum, den Antrag wegen der noch laufenden Prüfung der Umsatzsteuerpflicht durch die Finanzverwaltung zurückzustellen.

Der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Bommermann erklärte, dass der Schwerpunkt des Antrags auf dem Datenschutz liege, bei einer kleinen Verwaltung wie Hilden sei dieser gefährdeter. Eine Auslagerung, wie beim Land bereits praktiziert, könne z.B. auch zur Stadt Monheim erfolgen.

Herr 1. Beig. Danscheidt entgegnete, dass es bislang keine datenschutzrechtlichen Probleme gegeben habe. Den Vorschlag habe es schon im BSL-Katalog gegeben, aber bereits damals sei er abgelehnt worden. Eine Umsatzsteuerpflicht sei der Tod der Interkommunalen Kooperationen, so auch ggf. bei der Gehaltsabrechnung durch Monheim. Man werde dies beobachten, aber derzeit sei eine Auslagerung nicht sinnvoll.

Der Antrag wurde daraufhin von Rm Corbat zurückgezogen.

Antrag B 02 - Gleichstellung

Herr 1. Beig. Danscheidt erklärte zu diesem Bürgerantrag, dass es sich nicht um eine Stellenvermehrung handele, sondern die Änderung aufgrund einer Umorganisation notwendig wurde. Die Gleichstellungsbeauftragte wollte die Arbeitszeit reduzieren und jetzt werde versucht, auf der Stelle weitere Aufgaben anzusiedeln.

Frau Dylewski erkundigte sich, was passieren würde, wenn die Mitarbeiterin wieder Vollzeit zurückkehren wolle.

Herr 1. Beig. Danscheidt legte dar, dass man in diesem Fall eine neue Aufgabe suchen müsse. Im Amt 50 sei ein Einsatz wie bislang nicht mehr möglich. Dort werde dauerhaft eine Vollzeitstelle benötigt, die aktuell zusätzlichen 0,2 VZK werden noch in 2013 angereichert und verlagert, sagte er Herrn Probach auf Nachfrage zu.

Zum Schluss stellte der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Bommermann fest, dass dieses Beispiel zeige, dass die Politik nicht über konkrete Stellen in einem Produkt entscheide.

Abstimmungsergebnis
einstimmig abgelehnt

Antrag B 22 - Leistungsentgelte

Der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Bommermann legte dar, dass dieser Antrag aus zwei Teilen bestehe. Zum einen gehe es um die Streichung der Leistungsentgelte für Beamte und zum anderen um das Einfrieren der Leistungsentgelte für die Beschäftigten auf der Basis von 2011.

Zum **ersten Teil des Antrags** erklärten die Rm Brehmer und Bader, dass es aus Sicht der SPD-Fraktion keine Notwendigkeit gebe, von der bisherigen Praxis abzuweichen.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich abgelehnt

CDU:	nein
SPD:	nein
FDP:	nein
Bürgeraktion:	Enthaltung
Bündnis90/Die Grünen:	nein
dUH:	ja

Freie Liberale:

ja

Zum **zweiten Teil des Antrags** gab Herr 1. Beig. Danscheidt an, dass das Leistungsentgelt für die Beschäftigten eine tarifliche Pflichtleistung sei, die aktuell bei 2 % liege. Das Leistungsentgelt würde auf Basis der jährlichen Zielvereinbarungen gem. der Dienstvereinbarung ermittelt, das System werde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in sehr großem Umfang angenommen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig abgelehnt

Tischvorlage Antrag 21 – Bücherei
und
Tischvorlage Antrag 22 - Streetworker

Nach kurzer Diskussion über die Begriffe „Streetworker“ und „Spielplatzbetreuer“ wurden beide Vorlagen ohne Abstimmung in die Fachausschüsse (AKH bzw. JHA) verwiesen.

5 Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes

WP 09-14 SV
51/218

Durch die Änderung des Beschlussvorschlags im JHA beschränkte der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Bommermann die Beratung auf diesen.

Rm Dr. Haupt erkundigte sich danach, ob eine zusätzliche Teilzeitstelle geplant sei oder diese aus dem vorhandenen Gesamtpool verlagert würde.

Herr 1. Beig. Danscheidt gab an, dass die Orga dies geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass für die zusätzlichen Aufgaben zunächst eine Teilzeitstelle ausreichend sei. Ein Teil könne von den vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgefangen werden.

Herr Beig. Gatzke ergänzte, dass die Konnexität oft nicht eintrete und es z.B. unklar bliebe, wer das Betreuungsgeld oder die Inklusion zahle. Hier habe die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Refinanzierung anerkannt und Mittel bereitgestellt. Der ASD sei so oft wie kein anderer Bereich untersucht worden (z.B. von Orga, GPA, BSL) und es habe in den vergangenen Jahren eine erhebliche Arbeitsverdichtung stattgefunden. Jede kreisangehörige Stadt werde zusätzliches Personal hierfür einstellen.

Auf die Frage des Vorsitzenden Herr Prof. Dr. Bommermann nach der Refinanzierungsquote teilte Herr Beig. Gatzke mit, dass die Teilzeitstelle in 2013 durch den Festbetrag des Bundes vollfinanziert sei. Auch in den Folgejahren sei von einer hohen Quote auszugehen. Eine dauerhafte Refinanzierung sei ab 2016 voraussichtlich über einen Bundesfond geplant.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht zur Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes wird zur Kenntnis genommen. Über die Einrichtung der zusätzlich benötigten Stelle wird im Rahmen der Stellenplanberatungen entschieden.

Beschlussvorschlag (nach Beratung im JHA):

Der Bericht zur Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes wird zur Kenntnis genommen.
Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat die Einrichtung der zusätzlichen Stelle.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich angenommen

CDU:	ja
SPD:	ja
FDP:	ja
Bürgeraktion:	ja
Bündnis90/Die Grünen:	ja
dUH:	Enthaltung
Freie Liberale:	ja

6 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

7 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 18:48 Uhr

Prof. Dr. Ralf Bommermann
Vorsitzender

Anke Maurer
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister